

„Die Bundeswehr ist gegenwärtig nicht zu führen, auch nicht von mir.“  
(Verteidigungsminister de Maizière, SZ vom 16. Mai 2011)

**Stimmt.**

## **Zwölf Beispiele:**

### **1. Euro Hawk**

**Das erste Rüstungsprojekt der Bundeswehr, das nach Lieferung eines 688 Millionen Euro teuren „Demonstrators“ komplett abgebrochen wurde. Nachdem aber bereits mehr als eine halbe Milliarde Euro ausgegeben wurde. Wo Minister de Maizière den Überblick in seinem Ministerium verloren hat, muss jetzt das Parlament mit einem Untersuchungsausschuss Aufklärung schaffen.**

Im Jahr 2004 entschied das BMVg ein „System Signal-erfassende Luftgestützte Weiträumige Überwachung und Aufklärung“ zu entwickeln, welches die Fähigkeitslücke im Bereich Nachrichtengewinnung und Aufklärung schließen sollte, die die Außerdienststellung des Aufklärungsflugzeuges *Breguet 1150 Atlantic* ab 2010 verursachen würde.

Dazu schloss das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung im Januar 2007 mit der EuroHawk GmbH einen Vertrag über die Entwicklung eines voll funktionsfähigen „Demonstrators“. Gesellschafter der GmbH sind zu gleichen Teilen die Hauptunterauftragnehmer EADS für die Entwicklung der Sensorik und Northrop-Grumman für Anpassung, Lieferung und Zulassung des unbemannten Global Hawk.

Im Jahr 2011 zeichnete sich ab, dass die aufgetretenen Probleme bei der Musterzulassung (und andere technische und logistische Probleme) nicht mit vertretbarem Aufwand lösbar waren. Anfang 2012 wurde im Ministerium vermerkt, dass die Musterzulassung zwischen 250 und 600 Mio. Euro zusätzliche Ausgaben verursachen könne – und auch trotz dieser Ausgaben keineswegs sicher sei. Zudem seien weitere Risiken, insbesondere beim Missionsplanungssystem des *Euro Hawk*, hinzugetreten. Verzögerungen und Kostensteigerungen von insgesamt fast 121 Millionen € führten dazu, dass der Bundesrechnungshof 2011 begann, sich mit dem Projekt auseinanderzusetzen. In seinem Abschlussbericht aus dem Jahr 2013 kam der BRH zu dem Schluss: „Im Frühjahr 2009, spätestens im Jahr 2011 hätte die Leitung des Bundesverteidigungsministeriums informiert und das Projekt insgesamt neu bewertet werden müssen.“ Der Verteidigungsminister lies jedoch das Projekt

weiterlaufen, was dazu führt, dass bis Vertragsende alle bisher vom Parlament bewilligten Haushaltsmittel ausgegeben sein werden. Noch ist unklar, wie die Sensorik, die mit 232 Millionen in dem Gesamtbetrag zu Buche schlägt, weiter genutzt werden kann. Im schlimmsten Fall hat man weit über 600 Millionen Euro „verbrannt“.

## **2. Hubschrauberdeal**

**Gutes Verhandlungsergebnis zwischen EADS und BMVg – aber für wen? De Maizière reduziert die Stückzahl der bestellten NH90- und Tiger-Hubschrauber um 22 % und spart dabei 2 % der Kosten.**

Im März 2013 verhandelte der Verteidigungsminister persönlich mit EADS, um Stückzahl und Kosten für die Beschaffung von NH-90 Transport- und Tiger-Kampfhubschraubern zu senken und dem, wie er sagt, gesunkenen Bedarf der Bundeswehr anzupassen. Nun sollen nur noch 157 statt 202 Hubschrauber beschafft werden. Der Bundesrechnungshof moniert jedoch, dass durch die Reduzierung der Stückzahl von 202 auf 157 der Steuerzahler nur wenig spare. So werden statt der ursprünglich geplanten 8,3 nun 8,1 Milliarden Euro für die Beschaffung ausgegeben.

## **3. Marinehubschrauber**

**Entscheidungen zur Erneuerung der z.T. 40 Jahre alten Hubschrauberflotte der Marine sind längst überfällig. Die Marine-Experten haben sich nach jahrelanger Suche für ein Nachfolgemodell entschieden. Der Minister entscheidet anderes. EADS freut sich.**

Seit geraumer Zeit besteht im BMVg die Forderung, die Marinehubschrauber *Sea Lynx* und *Sea King* durch ein einheitliches mehrrollenfähiges Nachfolgesystem zu ersetzen. In einem internen Untersuchungsbericht kam die Marine zu dem Schluss, dass dies der *Sikorsky MH-92* am besten leisten könne, besser als die maritime Version des *NH 90*, der *MH 90*. Diese können aus Expertensicht den *Sea King* nicht ersetzen und haben insbesondere Fähigkeitslücken beim Einsatz von Spezialkräften zu Geiselnbefreiungen o.ä. In seinem Deal mit EADS ist de Maizière jedoch über die fachlichen Einwände hinweggegangen und hat ausgehandelt, dass nun nicht einmal der EADS-Marinehubschrauber *MH 90*, sondern 18 modifizierte Heeres-NH-90 an die Marine geliefert werden sollen. Dies bedeutet nicht nur, dass die Marine einen Hubschrauber bekommt, den sie so nie wollte, sondern auch, dass noch ein zweites Hubschraubermuster benötigt wird, um den *Sea Lynx* nach Außerdienststellung zu ersetzen. Dadurch entstehen weitere Entwicklungs-, Beschaffungs- und Infrastrukturkosten und Wartezeiten für die Marine.

#### **4. Eurofighter**

**Bei der Beschaffung des Eurofighters kommt es seit Jahrzehnten immer wieder zu Verzögerungen. Nach wie vor ist völlig unklar, wie viele Eurofighter für die Bundeswehr letztlich beschafft werden sollen – und finanziert werden können.**

In die Reihe der Rüstungsprojekte, deren Beschaffung sich extrem verzögert und deren Kosten drastisch steigen, gehört auch der *Eurofighter*. Ursprünglich als „Jäger 90“ auf den Weg gebracht, sind nicht einmal alle bis jetzt konkret bestellten 143 Maschinen an die Luftwaffe übergeben. Im aktuellen Haushaltsplan stehen noch 180 anzuschaffende Jets. Laut schwarz-gelben Koalitionsvertrag sollen es 140 sein. Wie die Reduzierung geregelt werden soll, weiß niemand. De Maizière drückt sich vor der Beantwortung dieser Frage, obwohl die bewilligten 14,5 Milliarden Euro für die bisher bestellten Flugzeuge schon Ende des Jahres aufgebraucht sein werden und die Kosten der noch fehlenden Tranche aus 37 Maschinen laut *Spiegel*-Berichten um 2,1 Milliarden höher ausfallen sollen als geplant. Eine Entscheidung, ob diese letzte Tranche vielleicht doch nicht beschafft wird, soll nun Anfang 2014 getroffen werden. Das Parlament erfährt von diesem Zeitplan aus den Medien.

#### **5. Schlechte Stimmung in der Truppe**

**74 Prozent der militärischen und zivilen Befragten würden ihren Kindern den Dienst in den Streitkräften nicht empfehlen.**

Der Bundeswehrverband hat in Kooperation mit der TU Chemnitz Soldaten zur Umsetzung des Bundeswehrreform befragt, zuletzt militärische Führer ab Kompaniefeldwebel aufwärts. Die Hälfte der Befragten bezeichnete die Umsetzung der Neuausrichtung der Bundeswehr in der Umfrage als schlecht oder sehr schlecht. 52,5 Prozent der Befragten bezeichneten den Nachsteuerungsbedarf als groß, 22,9 Prozent als sehr groß. Insbesondere die geringe Zahl von Mannschaftsdienstgraden ist nach Aussage des Bundeswehrverbandes ein Grund für den Unmut der Soldaten.

Alle Ergebnisse der Zielgruppenbefragung: [WWW.DBWV.DE](http://WWW.DBWV.DE)

#### **6. Personaloutsourcing BMVg**

**Die Zahl der zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundeswehr soll bis 2017 um 20.000 auf 55.000 sinken. Eine Methode: Die selben Mitarbeiter erledigen die gleichen Bundeswehraufgaben wie bisher, allerdings werden sie dazu in nachgeordnete Behörden anderer Ministerien verschoben.**

Um das Bild einer schlagkräftigen, auf „Kernaufgaben“ konzentrierten Truppe zu erwecken, hat man sich im BMVg entschlossen, Personal aus bestimmten Bereichen an andere Ressorts abzuschieben. So vergrößern diese dann Stellenplan und Haushalt anderer Ressorts, ohne dass dies im Eigeninteresse des neuen Ressorts ist. De Maizière kommt dann aber locker auf die „schlanke“ Zahl von 55.000 Zivilbediensteten. Diese Maßnahme wird auch als „Türschildlösung“ bezeichnet, da alle Mitarbeiter, die jetzt die Ressorts wechseln, an ihrem Bundeswehrarbeitsplatz verbleiben und ihre Bundeswehrarbeit weiterhin den Bundeswehrbediensteten zugute kommt. Kosten werden im Haushaltsplan so nicht gesenkt, sie wechseln nur die Seitenzahl.

Insbesondere die Aufgaben der Besoldungs- und Entgeltzahlungen, der Beihilfe und der Familienkasse, der Reisekostenabrechnung sowie der Dienstzeitversorgung sollen abgegeben werden. Der Übergang führt dazu, dass Beihilfeanträge zur Zeit mehrere Monate unbearbeitet bleiben, und sogar Pensionäre sich verschulden müssen, um notwendige medizinische Behandlungskosten zu bezahlen.

Die Abrechnungsangelegenheiten der aktiven Soldaten und Bediensteten der Bundeswehr besorgt künftig das Bundesverwaltungsamt in Köln, das dem Bundesinnenministerium untersteht; die Angelegenheiten der Pensionäre und Soldaten im Ruhestand regeln fortan der Zoll und das Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen in Berlin, das zum Geschäftsbereich des Finanzministeriums gehört.

Vom Unterstellungswechsel sind rund 2500 Beamte und Angestellte betroffen. Die örtlichen Personalvertretungen haben bis jetzt den Einzelpersonenmaßnahmen nicht zugestimmt. Juristisch umstritten ist auch noch die Frage, wer eigentlich weisungsbefugt ist für die „abgeordneten“ Mitarbeiter, die bereits im Rahmen von „Unterstützungsleistungen“ (Amtshilfe?) in anderen Ressorts arbeiten, ohne formaljuristisch gewechselt zu sein. Für die Betroffenen ist dieser Zustand – zwischen Tür und Angel – eine Zumutung.

## **7. Outsourcing von Aufgaben des Marinearsenals**

**Der Marinearsenalbetrieb in Kiel soll geschlossen werden. Marineschiffe, die in der Ostsee stationiert sind (Kiel, Eckernförde, Warnemünde), müssen zur Wartung künftig nach Wilhelmshaven fahren oder private Dienstleister ansteuern. Beides kostet mehr Zeit und Geld.**

Zukünftig soll das Marinearsenal in Wilhelmshaven mit der Hälfte der alten Kapazität von zwei Arsenalbetrieben (950 von ursprünglich 1885 Mitarbeitern) Flotte und Landanlagen instand halten. Soll nun auch die Marine halbiert werden – oder geht es um Privatisierung?

Die Mitarbeiter der Arsenale haben die Entscheidung über das Internet erfahren.

Unklar ist auch die Zukunft der Ausbildungswerkstatt (wo derzeit 150 Frauen und Männer in technischen Berufen ausgebildet werden) obwohl auch die Marine mit dem Fachkräftemangel zu kämpfen hat.

Es gab keine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung, bevor der Beschluss zur Schließung getroffen wurde. Für die Fremdvergabe ist nach Berechnungen des Marinearsenals mit einem finanziellen Mehraufwand um das 2,5-fache zu rechnen. Die fehlenden eigenen Kapazitäten können Auswirkungen auf die Einsatzplanung und Bereitschaft der deutschen Marine haben.

## **8. COM KFOR:**

**Deutschland verschenkt eine wichtige Position und verliert internationalen Renommee.**

Seit September 2009 wurde die Position des Befehlshabers KFOR (COM KFOR) kontinuierlich von deutschen Drei- oder Zwei-Sterne-Generalen besetzt, zur Zeit von Generalmajor Volker Halbauer. Die deutschen Befehlshaber leisteten immer gute Arbeit und wurden von den anderen truppenstellenden Nationen geschätzt. Aus unerfindlichen Gründen hat sich Deutschland (als größter europäischer Truppensteller) entschlossen, diese wichtige Funktion nun abzugeben. Auch bei anderen Missionen zieht sich Deutschland in die zweite Reihe zurück.

## **9. EUTM Somalia**

**Nach dem Libyen-Nein von Außenminister Westerwelle nun die zweite internationale Blamage durch die Bundesregierung für die deutsche Sicherheitspolitik**

Die EU Mission ist sehr erfolgreich, wurde gerade bis 2015 verlängert und von Uganda in die somalische Hauptstadt verlegt, die seit über einem Jahr unter der Kontrolle der AU ist. Für die Verlegung der deutschen Ausbilder wäre jedoch ein Bundestagsmandat nötig. Aus Sorge, dass dies im Wahlkampf unpopulär wäre, scheut die Union jedoch die politische Rechtfertigung im Plenum und lässt das Mandat lieber auslaufen und die europäischen Partner im Stich. Laut Medien-Berichten sehen die eingesetzten deutschen Soldaten dies selbst als „Blamage“.

## 10. Saudi-Arabien

### Waffenlieferungen trotz krasser Menschenrechtsverletzungen

In dem 10. Menschenrechtsbericht der Bundesregierung heißt es zu Saudi-Arabien: „[...] wurde die Todesstrafe 2011 mindestens 73 Mal und 2010 mindestens 37 Mal vollstreckt. Körperstrafen wie z. B. das Auspeitschen werden regelmäßig vollzogen. Dissidenten werden inhaftiert, Geständnisse erzwungen. Frauen werden wesentliche Menschenrechte vorenthalten, minderjährige Mädchen zwangsverheiratet. Freie Meinungsäußerung ist nur teilweise möglich. Die Religionsausübung ist für nicht-muslimische Religionen verboten, die schiitische Minderheit im Osten des Landes wird diskriminiert (im Herbst 2011 gab es sieben Tote bei Zusammenstößen). Ausländische Arbeitnehmer sind weitgehend rechtlos. Theateraufführungen, Konzerte oder Filmvorführungen und Kinos sind weitestgehend verboten. Frauen und Männer, die nicht verwandt oder miteinander verheiratet sind, dürfen sich, bis auf wenige Ausnahmen – etwa beim Einkaufen – nicht gemeinsam im öffentlichen Raum aufhalten.“

Das scheint für den Verteidigungsminister aber kein Grund zu sein, den Export von Waffen, die auch gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt werden könnten, zu verhindern. So wird berichtet, dass der Bundessicherheitsrat vorläufig den Export von bis zu 270 Leopard-Kampfpanzer genehmigt habe. Dazu befragt, hatte de Maizière eine aberwitzige Begründung für den Export an ein Land parat, das keine gemeinsame Landgrenze mit dem Iran hat, die man mit Panzern verteidigen könnte.

FAZ vom 22. September 2012: „Saudi-Arabien sei keine Demokratie, aber ein Land, das für die Stabilität im Nahen Osten eine große Rolle spiele. Es werde vor allem *durch Iran bedroht* (Hervorhebung d. Verf.). Die Stärkung der Stabilität Saudi-Arabiens ‘mit geeigneten Mitteln’ wäre daher ‘eine denkbare, vernünftige Entscheidung’, die am Ende eines schwierigen Abwägungsprozesses stehen könnte.“

## 11. „Gieren nach Anerkennung“

Der Verteidigungsminister vergriff sich in einem Interview in der FAZ (24. Februar 2013) deutlich im Ton, als er über die emotionalen Belagen seiner Soldaten schwadronierte.

24.02.2013 (FAZ):

FAZ: „Sind die Soldaten also weinerlich?“

dM: „Nein. Etliche Soldaten glauben jedoch, dass sie viel weniger anerkannt werden, als es in Wirklichkeit der Fall ist. Sie haben den verständlichen, aber

oft übertriebenen Wunsch nach Wertschätzung. Sie sind vielleicht geradezu süchtig danach.“

FAZ: „Was sagen Sie denen?“

dM: „Ich sage den Soldaten: Hört einfach auf, *dauernd nach Anerkennung zu gieren* (Hervorhebung d. Verf.). Die Wertschätzung anderer bekommt man nicht dadurch, dass man danach fragt, sondern dass man gute Arbeit leistet.“

## **12. Veteranentag Vom „Chefthema“ in die Vergessenheit**

Der Verteidigungsminister am 30. September 2011 vor dem Deutschen Bundestag: „Die Art und Weise, wie unser Land mit den Veteranen der Bundeswehr umgeht, wie es sie nach dem Einsatz wieder aufnimmt, wie ihre Versorgung gestaltet wird, ist ein zentraler Gradmesser der gesellschaftlichen Anerkennung des soldatischen Dienstes.“ Unabgesprochen mit den anderen politischen Parteien – auch der eigenen Koalition - lancierte Thomas de Maizière dann auf seinem USA-Besuch am 15. Februar 2012 die Idee eines deutschen Veteranentages am Volkstrauertag: „Es ist überfällig. Wir haben uns bisher davor gedrückt“.

Doch es hat sich gezeigt, dass diese Idee wenig Gegenliebe in der deutschen Bevölkerung stößt. Und wie auch die Bundeskanzlerin, zog de Maizière es nicht vor, weiter um Unterstützung zu werben, sondern wählte den Weg des geringsten Widerstandes und legte die unpopuläre Idee auf Eis. Am 21. Februar 2013, also ein Jahr später, klang der Minister im Interview mit der *Neuen Presse* daher so: „Es gibt so viele Tage: Muttertag und Valentinstag und so weiter. Und dann denkt man an dem Tag an jemand besonders. Toll! Und die anderen Tage nicht?“